

## Marktkultur

*Der Markt sei die wichtigste Kulturleistung des Menschen, meint Edgar Gärtner. In seinem Essay wider die sich in Europa ausbreitende Marktfeindlichkeit reflektiert er über die Chancen des Homo sapiens, sich in der modernen Welt mithilfe von Steinzeit-Hirnen zurechtzufinden und durchzuschlagen.*



**Edgar Gärtner**

*Europas schreibende Zunft mokiere sich gerne über den Schöpfungsglauben, der wissenschaftlich verbrämt als Theorie des „intelligent design“ im US-amerikanischen „bible belt“ immer offensiver aufträte, schreibt Edgar Gärtner, Direktor des CNE Umweltforums.*

*„Dabei helfen nicht wenige von ihnen eifrig mit, dass sich im alten Europa eine Mentalität breitmacht, die letztlich ebenfalls auf einer Spielart des geschmähten „intelligent design“ beruht. Die Rede ist von der vor allem in Europa um sich greifenden Ablehnung des ungeplanten, ergebnisoffenen Freihandels und der ungebremsten Globalisierung der Märkte im Namen von sozialer Gerechtigkeit, Vorsorge und Nachhaltigkeit.“*

Rechts geht es weiter!

Die Marktwirtschaft erscheint den Freihandels- und Globalisierungsgegnern als primitiv und moralisch minderwertig gegenüber auf angeblich „höherem“ Wissen beruhenden konstruktivistischen Ansätzen. Das „Vorsorgeprinzip“ nimmt heute im alten Europa offenbar den Platz ein, den in der theologisch begründeten vordarwinistischen Ökologie (Physico-Theologie) die göttliche Vorsehung (Providentia) innehatte.

*„Fast drei Viertel der Franzosen sind sogar davon überzeugt, ihrem Land ginge es besser, wenn alle Beamte wären.“*

Diese Propaganda fällt auf fruchtbaren Boden. Mehr als die Hälfte der Deutschen lehnt inzwischen die Marktwirtschaft ab. Fast drei Viertel der Franzosen sind sogar davon überzeugt, ihrem Land ginge es besser, wenn alle Beamte wären. Statt sich den neuen Herausforderungen zu stellen, flüchten sich immer mehr Menschen unter obrigkeitstaatliche Bevormundung. Nur folkloristisch aufgemachte Wochen- und Jahrmärkte und von der Politik künstlich geschaffene Spielwiesen wie der Handel mit Treibhausgas-Emissionsrechten stehen in Europa noch relativ hoch im Kurs. Selbst in den USA finden protektionistische Bestrebungen immer mehr Anhänger.



Interessantes aus  
Deutschland für  
CNE-Leser

Interessantes von  
CNE für  
deutsche Leser

### Themen dieser Ausgabe

**Marktkultur..... 1**  
*Edgar Gärtner über die größte Kulturleistung der Menschen*

**Polemik à la carte..... 6**  
*„Richtigstellung“, Gerd Habermanns sozial-polemische Lexikon*

**Sinn und Unsinn des  
Gemeinsinns..... 7**  
*Hardy Bouillon über die Bürgergesellschaft*

**Free Europe..... 10**  
*Carl-Johan Westholms EU-Verfassungsinitiative*

**(Fast) alles neu  
macht der May..... 11**  
*Mays Lexikon der ökonomischen Bildung in 6. Auflage*

**Frieden schaffen  
ohne Waffen..... 12**  
*MPS Hayek Essay Contest in Guatemala*

## Vereinbarkeit von Markt und menschlicher Natur

Das lässt die Frage aufkommen, ob und wieweit die freie Marktwirtschaft überhaupt mit der menschlichen Natur vereinbar ist. Eng damit verbunden ist die Frage, wieweit es sich die Menschen heutzutage noch leisten können, beim Management von Nahrungs-, Rohstoff-, Finanz- und Wissensressourcen auf die Leistungen des Marktes, auf den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu verzichten. In den USA gehen unter anderen Leda Cosmides und John Tooby (Santa Barbara), die die Schule der der Evolutionären Psychologie (<http://www.psych.ucsb.edu/research/cep/primer.html>) begründet haben, diesen Fragen nach. Ihr Ansatz: Wenn das Schlagwort „eine Welt“ einen Sinn haben soll, muss man Psychologie, Soziologie oder Ökonomie bis zu einem gewissen Grade als Zweige der Biologie behandeln dürfen.

So untersucht die Evolutionäre Psychologie unter anderem, wie und unter welchen Voraussetzungen Kollektive zu intelligenten Entscheidungen gelangen können als isolierte Individuen. Wir wissen schon lange, dass große Kollektive nicht unbedingt klüger entscheiden als Einzelne. Aus der Massenpsychologie von Gustave Le Bon ist uns seit mehr als einem Jahrhundert bekannt, dass Intelligenz, anstatt durch Kooperation zu wachsen, sich in amorphen Menschenmassen auch leicht verdünnen, verflüchtigen kann. Die moderne Hooligan-Forschung bestätigt: Ein Mob ist dümmer als das dümmste seiner



*„Viele Menschen zusammen sind nur unter bestimmten Bedingungen klüger als Einzelne.“*

Mitglieder. Viele Menschen zusammen sind nur unter bestimmten Bedingungen klüger als Einzelne.

Eine der historischen Voraussetzungen kluger kollektiver Entscheidungen ist die Bildung hierarchisch strukturierter Gemeinschaften, beginnend mit der Familie als Urzelle und deren Zusammenschluss zu einer Horde, die der geordneten Auswertung, dem Austausch und der Weitergabe von Erfahrungen über Generationen dienen. Etwa anderthalb Millionen Jahre lang lebten die Menschen als Jäger und Sammler in Horden mit höchstens 150 Mitgliedern, die von einem ausgeprägten Wir-Gefühl, einem Gruppenegoismus und einer damit verbundenen feindlichen Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Horden zusammengehalten wurden. Die spezialisierten Schaltkreise unseres Hirns sind im Wesentlichen Anpassungen an die Lebensbedingungen solcher Horden. Sie sind darauf angelegt, Probleme zu lösen, mit denen solche kleinen Menschengruppen tagtäglich konfrontiert wurden.

Erst vor etwa 10.000 Jahren sind die Menschen infolge des

Übergangs zu Ackerbau und Viehzucht, der sog. Neolithischen Revolution, zur Bildung größerer Gemeinschaften übergegangen. Die mit den neuen Techniken der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kleidung erzielbaren (bescheidenen) Überschüsse ermöglichten die Gründung erster Städte mit Bewohnern, die nicht mehr darauf angewiesen waren, ihren Lebensunterhalt mit der Jagd oder der Landbewirtschaftung zu verdienen. Die Organisation des menschlichen Hirns konnte sich an diesen fundamentalen Wandel der Lebensbedingungen mithilfe des Wechselspiels von Mutation und Selektion aber bis heute kaum anpassen, weil der kurze Zeitraum von etwa 10.000 Jahren dafür nicht ausreichte. Auch wenn Hirnforscher und Paläontologen inzwischen zeigen konnten, dass sich das menschliche Hirn rascher fortentwickelt als bislang angenommen und in den letzten 10.000 Jahren tatsächlich einige neue Hirnleistungen wie vor allem die Perfektionierung sprachlicher Fertigkeiten hinzugekommen sind, gilt doch: Wir müssen uns in der modernen Welt mithilfe von Steinzeit-Hirnen zu rechtfinden und durchschlagen.

## Tipping Point

Das menschliche Hirn ist nach wie vor nicht darauf angelegt, Probleme in Kollektiven zu lösen, die mehr als 150 Personen umfassen. Über die „magische Zahl“ 150, die ei-



*„Um Probleme in Kollektiven anzugehen, zu denen mehr als 150 Personen gehören, hat die Menschheit im Laufe ihrer Geschichte im Prinzip nur zwei Methoden gefunden: den Markt und die Bürokratie.“*

nen Umschlagpunkt markiert, wurde in den letzten Jahren viel geschrieben. Ich erinnere hier nur an den Bestseller *The Tipping Point* des amerikanischen Star-Journalisten Malcolm Gladwell (New York 2000). Die zum Beispiel der Sekte der Hutterer wohlbekannte Regel, Kollektive, die auf mehr als 150 Mitglieder anwachsen, am besten in zwei oder mehr relativ selbständige Gemeinden aufzuteilen, wird inzwischen auch von manchen im internationalen Konkurrenzkampf erfolgreichen Großkonzernen befolgt. Nicht zufällig übersteigt die Zahl der Einträge in den Adressbüchern durchschnittlicher Zeitgenossen selten die „magische Zahl“ von 150. Mehr Menschen kann kaum jemand zur gleichen Zeit persönlich kennen, einschätzen und in ihrer Entwicklung verfolgen.

Um Probleme in Kollektiven anzugehen, zu denen mehr als 150 Personen gehören, hat die Menschheit im Laufe ihrer Geschichte im Prinzip nur zwei Methoden gefunden: den *Markt* und die *Bürokratie*. Der Markt als Methode, die Bedürfnisse und Wünsche vieler Menschen mit dem Wissen über deren Befriedi-

gungsmöglichkeiten in Einklang zu bringen und so das Überleben größerer Kollektive zu sichern, ist historisch älter und auch deutlich erfolgreicher als die Bürokratie. Von Ausgrabungen wissen wir, dass schon die Menschen von Cro Magnon Arbeitsteilung und Fernhandel praktizierten, was es ihnen ermöglichte, die letzte Eiszeit zu überleben. Die zur gleichen Zeit in Europa noch lebenden körperlich stärkeren Neandertaler schafften das nicht, weil sie vermutlich die mentale Hürde zwischen dem rein persönlichen Austausch in der Horde und dem unpersönlichen Austausch auf dem großen Markt nicht überwinden konnten.

Das menschliche Hirn ist nämlich außerordentlich schlecht für den Markt gerüstet. In Form fest „verdrahteter“ Schaltkreise angelegte Instinkte wie der Gruppenegoismus, die Fixierung auf Hierarchien und der Futterneid, d.h. ein den nicht vermehrbaren Ressourcen der Jäger und Sammler entsprechendes Denken in Nullsummen, das nicht begreifen kann, dass beim Austausch von Gütern und Dienstleistungen Mehrwert und wirtschaftliches Wachstum entstehen können, er-

zeugen eine tief sitzende Aversion gegen Fremde und den Fernhandel mit ihnen. Deren Überwindung war wohl die erste und wichtigste *Kulturleistung* in der Menschheitsgeschichte. Erst durch das Ablegen der Scheu vor dem Fernhandel und dem unpersönlichen Austausch wurde *Homo* zum *sapiens*. Dieser unterscheidet sich - wie schon Friedrich August von Hayek, der Wirtschaftsnobelpreisträger von 1974, klar herausarbeitete - von seinen auf den persönlichen Austausch in der Horde beschränkten Vorgängern dadurch, dass er lernen muss, ständig in zwei verschiedenen Welten zu leben: in einem „warmen“, durch Familienbande zusammengehaltenen Mikrokosmos und in einem „kalten“ Makrokosmos, d.h. in der unpersönlichen, durch abstrakte Regeln geprägten Ordnung des Marktes. Es wäre wohl nicht politisch korrekt, aber durchaus nicht abwegig, alle Menschen, die diesen Sprung nicht geschafft haben, als Vormenschen zu bezeichnen.

Wir wissen nicht, ob unsere vorgeschichtlichen Ahnen von nackter Not zum Fernhandel getrieben wurden oder ob ihnen Mythen halfen, die Angst vor der Ungewissheit des unpersönlichen Austausches über größere Entfernungen zu überwinden. Vermutlich konnten die Menschen von Cro Magnon nur mithilfe religiöser Glaubenssätze, Symbole und Kulte Vertrauen in den unpersönlichen Markt fassen. Die von ihnen hinterlassenen Höhlenmalereien lassen das ahnen.

## Markt oder Bürokratie?

Geholfen haben ihnen aber wohl auch bestimmte Hirnstrukturen, die sich im heutigen Leben besser bewähren als die zuvor erwähnten: So vor allem der Eigentums-Instinkt sowie die Fähigkeit zum Verstehen der Gefühle anderer mithilfe so genannter Spiegelneuronen und die damit zusammenhängende Bereitschaft zu selbstloser Hilfe oder zum Austausch mit Unbekannten zu beiderseitigem Vorteil.

*„Wir müssen uns aber davor hüten, bürokratische Problemlösungen zu glorifizieren, wenn nicht gar religiös aufzuladen. Die Annahme, mit Bürokratie allein könne man Frieden und Wohlstand schaffen, halte ich für einen gefährlichen Irrglauben.“*

Unterm Strich gibt es aber im menschlichen Hirn mehr Anlagen für das bürokratische Denken als Anlagen, die uns zum vernünftigen Handeln auf großen, unpersonlichen Märkten befähigen. Der Neid, verkleidet als Forderung nach Gleichbehandlung, erzeugt täglich aufs neue Misstrauen in das ergebnisoffene Wechselspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt. Obwohl die Menschheit höchstwahrscheinlich ihr Überleben der Arbeitsteilung und dem Freihandel verdankt, gaben die Menschen deshalb immer wieder der Versuchung nach, bürokratische Großorganisationen aufzubauen beziehungsweise diesen zu vertrauen, sofern ihnen überhaupt eine andere Wahl blieb, als sich mit bereits etablierten

Machtstrukturen zu arrangieren.

Davon abgesehen, bleibt Bürokratie m. E. ein notwendiges Übel, das auch die kühnsten radikal-liberalen bzw. libertären Utopien von einer ausschließlich auf den Markt und das Privatrecht gegründeten menschlichen Gesellschaft nicht aus der Welt schaffen können. Denn dort braucht man zumindest Banken und Versicherungen mit privaten Sicherheitsdiensten, wenn nicht richtigen Armeen zur Einlösung von Schutzversprechen. Sowohl Versicherungen als auch Armeen sind aber bekanntlich bürokratische Organisationen par excellence. Auch für das Funktionieren von Märkten so wichtige Vorleistungen wie die kaufmännische Buchführung und das Erstellen von Statistiken sind nicht ohne bürokratische Formen des Managements denkbar. Die Bürokratie bleibt unser Schicksal.

Wir müssen uns aber davor hüten, bürokratische Problemlösungen zu glorifizieren, wenn nicht gar religiös aufzuladen. Die Annahme, mit Bürokratie allein könne man Frieden und Wohlstand schaffen, halte ich für einen gefährlichen Irrglauben. Denn jegliche aus dem Neid geborene bürokratische Großorganisation tendiert dazu, diesen aus der Steinzeit ererbten Reflex durch tägliche Übung zu verstärken. Das illustriert ein Blick auf unser bürokratisiertes Nachbarland Frankreich. ...

Um zu einem „ausgewogenen“ Verhältnis von Bürokratie und Markt zu gelangen, d.h. um sicher zu stellen, dass Neid und Anspruchsdenken bzw. Besitz-

standsverteidigung nicht jegliche Innovation im Keim ersticken, müsste sich die Politik in erster Linie als *Ordnungspolitik* begreifen, die die Aufgabe hat, den jeder Bürokratie innewohnenden Drang zum eigen-gesetzlichen Ausufernden zu bremsen und dafür zu sorgen, dass dem Ausprobieren neuer Ideen im freien Spiel von Versuch und Irrtum auf dem Markt genügend Raum bleibt. Das ist aber nicht möglich, wenn die Politik selbst vom Geist der Bürokratie durchdrungen ist.

## Hochmut kommt vor dem Fall

Für eine Ausgeburt bürokratischen Hochmuts halte ich zum Beispiel die nun kurz vor der Verabschiedung stehende EU-Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals). Als ich vor fünf Jahren das vorbereitende „Weißbuch zur Chemikaliensicherheit“ sah, wurde ich unwillkürlich an die Geschichte vom Turmbau zu Babel im Alten Testament erinnert. Denn danach hätten die Hersteller, Verarbeiter und Anwender von Chemikalien Tests mit mehr als 40 Millionen Versuchstieren durchführen und etwa 100 Millionen Chemical Safety Reports (CSR) von jeweils bis zu 200 Seiten Umfang anfertigen müssen, um den neuen Vorschriften zu genügen. Wer hätte die lesen, verstehen und umsetzen sollen? Inzwischen ist am REACH-Entwurf, infolge

zahlreicher Einsprüche durch erfahrene Praktiker der Industrie, sicher manches verbessert worden. Aber ich glaube noch immer nicht, dass das ehrgeizige Regelwerk ohne das Einräumen größerer Freiräume für marktwirtschaftliche Suchprozesse vor allem im Wissens- und Risikomanagement umgesetzt werden könnte.

*„Populistische Politiker haben in einer unübersichtlicher gewordenen Welt leichtes Spiel, weil sie sich auf das Fortwirken steinzeitlicher Reflexe in unseren Hirnen verlassen können.“*

Ich sehe gerade hinter solchen gut gemeinten, aber in der Praxis kaum umsetzbaren Regulierungsversuchen wie REACH den Anspruch eines „intelligent design“ durchschimmern. Man meint, von vornherein wissen zu können, was sich als nachhaltig erweisen wird. Aber nicht nur beim Wechselspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt, sondern auch bei bürokratischen Problemlösungsversuchen kommt bekanntlich am Ende fast immer etwas heraus, das so niemand gewollt hat. Allerdings gibt es dabei in der Regel nur auf dem Markt angenehme Überraschungen, während die Ergebnisse bürokratischer Ansätze meistens enttäuschen.

Auf dem Markt geht es zwar zu wie in der natürlichen Evolution. Aber weil unser Hirn noch immer größtenteils an die Lebensbedingungen der Jäger und Sammler angepasst ist, erscheint

es als wenig wahrscheinlich, dass wir bei Problemen des Ressourcen-, Risiko- und Wissensmanagements spontan marktwirtschaftliche Lösungswege einschlagen. Spontan entstehen, unter dem Druck der Not, allenfalls Schwarzmärkte, aber vermutlich keine nachhaltig lebensfähige marktwirtschaftliche Ordnung. Funktionsfähige Märkte bedürfen, so paradox das für manche auch klingen mag, der bewussten und planmäßigen Förderung wettbewerbsfreundlicher kultureller und rechtlicher Rahmenbedingungen.

Populistische Politiker haben in einer unübersichtlicher gewordenen Welt leichtes Spiel, weil sie sich auf das Fortwirken steinzeitlicher Reflexe in unseren Hirnen verlassen können. Sie bedienen sich beispielsweise der Urangst, der Himmel könne uns auf den Kopf fallen, wenn sie vor einer angeblich drohenden Klimakatastrophe warnen. So gelingt es ihnen bislang, den Ärger der (Öko-)Steuerzahler in Grenzen zu halten. Die so genannte Klimapolitik ist im Übrigen „intelligent design“ in Reinkultur. Denn sie geht davon aus, weltumspannende chaotische Prozesse durch Drehen an einer kleinen Stellschraube, dem technischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, in eine gewollte Richtung lenken zu können. Es war deshalb nur eine Frage der Zeit, dass die konservativen US-Evangelikalen das Thema „Global Warming“ und den Aberglauben der „Klimapolitik“ für sich entdeckten. Vielleicht sollte man ihnen dieses auch überlassen und nicht so tun, als sei „Klimapolitik“ mit den Idealen der europäischen Aufklärung vereinbar.

## Bürokratie als Diener des Marktes

Der Aufbau einer nachhaltigen marktwirtschaftlichen Ordnung ist eine Kulturleistung, die gegen primitive Instinkte durchgesetzt werden muss. Das muss aber nicht die Form eines Kreuzzuges gegen den Bürokratismus annehmen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn den Bürokraten klar gemacht würde, dass sie dem Markt zu dienen haben und nicht umgekehrt. Wir müssen dahin kommen, Menschen, die den Markt ablehnen, als unkultiviert dastehen zu lassen. Deshalb kommt der familiären und schulischen Erziehung eine zentrale Bedeutung zu: Sie muss den jungen Menschen Mut machen, Ungewissheiten auszuhalten und den Entdeckungsleistungen globalisierter Märkte zu vertrauen. Darin sehe ich die wichtigste Voraussetzung, um in der größer und schwerer überschaubar gewordenen Europäischen Union zu einer rationalen Bewertung der Risiken von Chemikalien und neuen Techniken zu gelangen.

[www.gaertner-online.de](http://www.gaertner-online.de)

**Analysen  
Konzepte  
Trends**



## Polemik à la carte



**Gerd Habermann**

„Das hat uns noch gefehlt!“, werden sowohl die Befürworter wie auch die Gegner von Habermanns polemischem Soziallexikon sagen“, meint Hardy Bouillon in seiner am 23. Oktober 2006 in der NZZ erschienen und hier leicht modifiziert wiederabgedruckten Rezension. „Ersteren ist es schon seit längerem ein Ärgernis, dass ihre Kritik am politisch korrekten Sozialdeutsch nicht die erhoffte Resonanz zeitigt. Letztere indes werden die Leichtigkeit und Finesse fürchten, mit welcher der Autor ihren Parolen Paroli bietet.“

„**Richtigstellung**“ enthält 300 Lemmata, manche davon sind mit weiterführenden Literaturempfehlungen angereichert. Es gibt zudem zahlreiche Einträge zu wichtigen Vordenkern und modernen Verfechtern liberalen Gedankenguts.

Gerd Habermann,  
Richtigstellung.  
Ein polemisches Soziallexikon,  
München: Olzog 2006, ISBN 3-7892-8182-4, 171 S., 19,90€

Gerd Habermann entlarvt die irreführende Prosa der Gutmenschen mit pointierter Polemik. Oft gehen dabei polemische Bemerkungen und präzise Beschreibungen Hand in Hand. Mal beginnt ein Eintrag polemisch, um dann ins Beschreibende umzuschlagen. So heißt es z.B. zur *Abgabenquote*: „Koeffizient für das Maß der Entmündigung einer Gesellschaft. Es beschreibt das Verhältnis der Gesamtheit von Steuern und Sozialbeiträgen zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.“ Ein anderes Mal steht die sachliche Beschreibung am Anfang, bevor der Autor seine Polemik über das Thema ergießt. So beginnt sein Eintrag zum *Finanzausgleich* nüchtern mit den Worten: „Finanzpolitische Nivellierungsmaßnahmen, um ein einheitliches Angebot an öffentlichen Gütern und „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Deutschland zu schaffen.“ Zwei Sätze später heißt es dann: „Es werden erfolgreiche Bundesländer (z.B. Bayern oder Hamburg) durch Wegnahme von Steuerertrag bestraft, weniger erfolgreiche (z.B. das Saarland oder Berlin) durch Zuschanzung von entsprechenden „Sozialtransfers“ belohnt.“

Besonders überzeugend ist Habermanns Analyse dort, wo sie auf den sog. Boomerangeffekt gutgemeinter Gesetze mit bösen Folgen verweist. So gesteht Habermann dem *Mieterschutz* einerseits zu, als ein gut gemeinter staatlicher Schutz des Mieters vor Wuchermieten u.ä. gedacht zu sein, doch habe er

sich gegen die zu Schützenden gewendet. Denn: „Entfernen sich die Schutzbestimmungen zu weit von Markt und Vertragsfreiheit, werden weniger Mietwohnungen gebaut, die vorhandenen nur zögerlich vermietet, die Atmosphäre zwischen Eigentümern und Mietern vergiftet.“

Gelegentlich agiert der Autor selbst als Boomerang, z. B. wenn er zeigt, dass auf Kritiker der Marktwirtschaft genau das zutrifft, was sie ihr irrtümlich vorwerfen. „„Soziale Kälte“ ist die unvermeidliche Folge einer Verstaatlichung des „Sozialen“, das sonst durch freie Gemeinschaften wie Familie, Kirchen, Vereine, dem so genannten dritten Sektor, und private Versicherungsmärkte gesichert würde.“

Viele, wenn nicht gar die meisten Vorwürfe gegen den Kapitalismus dürften vom Neidmotiv genährt sein, das die Antagonisten geschickt einsetzen. Insofern rundet ein Beitrag des Autors zur Ökonomie und Sprache des Neides das Lexikon in gefälliger Weise ab. Gleichwohl, einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt der Autor nicht. Vielleicht dürfen die Leser kommandierender Ausgaben auf eine Ausweitung hoffen. An Euphemismen mangelt es dem Sozialdeutschen nicht.



**Hardy Bouillon**

## Sinn und Unsinn des Gemeinsinns



**Hardy Bouillon**

*„Mit der Verbreitung eines Produktes wächst dessen Standardisierung. Ein Big Mac schmeckt in New York genauso gut wie in Berlin. Für Begriffe gilt ähnliches nicht. Im Gegenteil!“, meint Hardy Bouillon. „Mit ihrer Verbreitung wandelt sich ihr Sinn. Das betrifft insbesondere politische Begriffe. Man denke nur an den häufigen Gebrauch sowie an die mit ihm einhergehenden widersprüchlichen Bedeutungen des Begriffes "Freiheit".*

*Um den Begriff "Bürgergesellschaft" sei es nicht viel besser gestellt, meint der Autor in seinem Essay über Gemeinsinn und Bürgergesellschaft, der in anderer Form vor sechs Jahren im Handelsblatt erschienen war. Nicht der Staat, sondern die Bürger bilden die Gesellschaft, so Bouillon. Und nur wenn der Staat sich auf seine Aufgabe, Freiheit und Eigentum der Bürger zu schützen, beschränke, können die Bürger Gemeinsinn entwickeln.*

Politiker aller Parteien nutzen, was Ökonomen die positive Externalität eines Gutes nennen. Sie erkiesen einen wohlklingenden Begriff zum Statthalter ihrer wohlmeinenden Gesellschaftsideale. All dies vollzieht sich mit einer erstaunlichen Unbekümmertheit. Kaum einer der Parteientreter scheint sich um den ursprünglichen Sinn des Begriffes "Bürgergesellschaft" zu scheren. Gewiß, Begriffe haben keine Eigentümer. Sie sind freie Güter, ihr Gebrauch ist jedem zugänglich. Und während die nicht autorisierte Imitation von Produkten im Regelfall bestraft wird, bleibt die Nachahmung von Begriffen ungeahndet, wenn nicht gar unbemerkt.

Wie gesagt, Begriffe kennen keine Eigentümer. Aber sie haben eine Herkunft. Und mit ihrem Ursprung ist auch ihre ursprüngliche Bedeutung untrennbar verbunden. Für den Fall der Bürgergesellschaft gilt deshalb nicht, was manche Vertreter der Regierungsparteien gerne behaupten: Die Bürgergesellschaft sei ihre Erfindung. Weit gefehlt! Bedeutung und Begriff der Bürgergesellschaft sind deutlich älter als die Anliegen parteilicher Autoritäten – und auch deutlich betagter als deren Vorreiter, wie etwa Sidney and Beatrice Webb und andere Vertreter der Fabian Society. Man muß schon bis zu John Locke und den Vätern der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika zurückgehen, wenn man zu den Anfängen und zu der Grundidee der Bürgergesellschaft vorstoßen will.

Bei Locke, Madison, Jefferson aber auch bei Adam Ferguson, David Hume oder Alexis de Tocqueville kann man nachlesen, was Bürgergesellschaft (civil society) ursprünglich meinte: eine Gesellschaft der Bürger, die sich eine Ordnung geben, um ihren privaten Interessen in Frieden und Freiheit nachgehen zu können. Der Wettbewerb spielt in solchen Gesellschaften eine zentrale Rolle. Er ist der im Verlaufe der Jahrhunderte kultivierte und probate Modus, der die konfligierenden Interessen der Individuen um knappe Ressourcen friedlich koordiniert. In dieser originären Form der Bürgergesellschaft ist der Staat das Mittel zur Umsetzung des Ideals – nicht mehr und nicht weniger. Die Frage des Primats, sowohl nach Rang wie nach Zeit, ist somit entschieden: Die Bürgergesellschaft ist dem Staat vorgeordnet, und nicht umgekehrt. D.h., nicht die Bürgergesellschaft hat nach ihrem Zweck zu fragen, sondern der Staat. Insofern ist es wenig erstaunlich, wenn etwa Wilhelm von Humboldt in seinen 1792 entstandenen Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen sich darüber wundert, daß sämtliche prominente Staatstheorien die wichtigste aller Fragen so unbestimmt lassen, die Frage nämlich, „zu welchem Zweck die ganze Staatseinrichtung hinarbeiten und welche Schranken sie ihrer Wirksamkeit setzen soll.“

*„In der ursprünglichen Konzeption der Bürgergesellschaft sollte der Staat ausschließlich den Ordnungsrahmen für das friedliche gesellschaftliche Leben bilden. Seine Diener hatten als Ordnungshüter dafür zu sorgen, daß Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger von jedermann – sowohl innerhalb wie außerhalb des Landes und von Staatsbürgern gleichermaßen wie von Staatsdienern – respektiert würden.“*

Von dieser überlieferten Bedeutung der Bürgergesellschaft ist heute mancherorts wenig übrig geblieben. Mehr noch: Oft ist ihr Sinn ins Gegenteil verkehrt. Das Primat liegt beim Staat. Er ist Anfang und Ende der bürgerlichen Gesellschaft, der letztlich nicht zu hinterfragende Status quo, und seine Diener, gleichsam Gralshüter, lassen sich gelegentlich dazu herab, ihre Bürger dazu aufzurufen, in eigener Sache tätig zu werden, sich selbst zu organisieren und nicht alles dem Staat zu überlassen. Ungeachtet dessen gilt: Der Staat sorgt für Recht und Ordnung. Und nicht nur das: Er versorgt seine Bürger auch mit vielen anderen, sogenannten *öffentlichen Gütern*, von denen oft behauptet wird, sie seien nicht nur notwendige öffentliche Güter, sondern auch notwendig öffentlich. Daß für deren Bereitstellung finanzielle Mittel erforderlich sind, ist demnach selbstverständlich; daß der Staat diese Mittel durch obligatorische Besteuerung eintreibt, seine Steuerhoheit wie auch seine Vorstellung, nur ungleiche Besteuerung sei eine gerechte Besteuerung, bewahrt, erscheint in der Logik dieser Argumentation ebenso bar jeglicher Infragestellung.

In der ursprünglichen Konzeption der Bürgergesellschaft war dem nicht so. In ihr sollte der Staat ausschließlich den Ordnungsrahmen für das friedliche gesellschaftliche Leben bilden. Seine Diener hatten als Ordnungshüter dafür zu sorgen, daß Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger (von Locke *Privatheit* – *privacy* – genannt) von jedermann – sowohl innerhalb wie außerhalb des Landes und von Staatsbürgern gleichermaßen wie von Staatsdienern – respektiert würden. Der Staat war das Mittel, die Bürgergesellschaft das Ziel. Insofern war der Staatsdiener nicht Diener des Staates, sondern des Staatsbürgers. Diejenigen, denen die Wahrung der Ordnung anvertraut wurde, hatten nichts weiter zu tun, als genau dieser bürgerdienlichen Aufgabe nachzugehen. Die Steuergewalt war lediglich eine geliehene Gewalt, die bei klarem Mißbrauch ohne weiteres zurückgenommen werden konnte. *No taxation without representation* (Keine Besteuerung ohne Repräsentation) lautete die Losung, unter der sich die Loslösung der nordamerikanischen Staaten von der englischen Krone vollzog. Überhaupt ist es ein Wesensmerkmal der traditionellen bürgerlichen Gesellschaft, daß sie jegliche Staatsgewalt als eine letztlich vom Individuum an die Regierung delegierte Gewalt verstand und praktizierte. Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, erweiterten die US-Amerikaner ihre Verfassung um das berühmte 10. Amendment, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß sämtliche nicht an die US-Regierung delegierten Gewalten bei den Bundesstaaten respektive deren Menschen lä-

gen. Darüber hinaus war klar, wie man bei Jefferson Davies nachlesen kann, daß nur diejenige Gewalt beim Staate lag, die ihm ausdrücklich übertragen war.

Daß die Gewalten des Staates in unserer Zeit allzu oft und systematisch weit über den ihnen zugedachten Rahmen und über das ursprüngliche Ziel der Bürgergesellschaft hinauschießen, bedarf wohl kaum eines besonderen Nachweises. Der Hinweis auf die zunehmende Politisierung des Privaten und auf die ca. 60%ige Staatsquote – vom kürzlich verstorbenen Gerard Radnitzky treffend Entmündigungskoeffizient genannt –, dürfte genügen. Und angesichts der 4:40-Regel beim Gesamtaufkommen der Einkommensteuer (merke: 4% zahlen 40%, und 40% zahlen 4%), die laut Roland Baader hierzulande herrscht, kann man zudem kaum mehr vermuten, daß die Steuergewalt sich an den Grundsatz der Gleichbehandlung hielte.

Mit Bürgergesellschaft meinen die Regierungsparteien, aber auch manche Vertreter der Opposition wohl eher eine Bürgergemeinschaft, in der die Kooperation unter einander meist durch örtliche Nähe verbundener Bürger zur Verwirklichung gemeinschaftlicher Ziele und Ideale beschworen wird. Die darin zum Ausdruck kommende Umdeutung der Bürgergesellschaft wird vor dem Hintergrund des einflußreichen Kommunitarismus à la MacIntyre, Etzioni, Walzer et. al. verständlich.

Der Kommunitarismus versteht sich als Gegenpol zu einem aus seiner Sicht überzogenen Individualismus. Er hat das Gemeinwesen vom Individuum und dessen Rechten losgelöst und zum Ausgangspunkt vermeintlich allgemein verbindlicher gemeinschaftlicher Pflichten erkoren. Im Namen des Gemeinwesens sind dann allerlei Beschneidungen individueller Freiheiten gerechtfertigt. In einer Zeit, in der so mancher glaubt, die Werte der Gemeinschaft seien nur durch eine Wertegemeinschaft zu retten oder zu revitalisieren, findet der Kommunitarismus reichlich Nährboden. Die Bürgergesellschaft, pardon Bürgergemeinschaft, wird als natürlicher Hort der Aufzucht und Pflege bestimmter kultureller Werte und, manchmal, staatsbürgerlicher Tugenden betrachtet. Vor allem die vielbeschworene Solidarität soll den Klauen des egoistischen Individualismus entrissen werden, als ob die Solidarität ohne freiwillige Zustimmung der sie praktizierenden Individuen überhaupt möglich wäre.

Zum Verdruß der Politik sind nicht nur Kooperationen wie etwa die freiwillige Feuerwehr vor Ort, die ihren Ursprung dem gemeinsamen Lebensmittelpunkt verdanken, Ausdruck der neuen Bürgergesellschaft. Auch die Kooperation von Menschen, die weder eine gemeinsame Bio- oder Geographie nachweisen können, wohl aber Interessen teilen, wird mancherorts als Ausdruck der Bürger (gemein)gesellschaft gutgeheißen und zur Leistung gemeinschaftlicher Aufgaben aufgefordert oder bei deren Erbringung toleriert. Man denke nur an die moralische Autorität, die vielerorts Organisationen wie *Green Peace* oder

*WWF* zugestanden wird. Dabei wird ganz übersehen, daß die freiwillige Feuerwehr ihre Aktivitäten mit Zustimmung der Betroffenen durchführt, was für *Green Peace* u.a. zunehmend seltener zutrifft – Stichwort: Brent Spar. Gleiches gilt für viele der sogenannten *Non-Governmental Organisations* (NGOs), die ohne öffentliches Mandat in der einen oder anderen Weise an der Gestaltung der Politik teilhaben wollen. An dieser Absicht ist auch im Sinne der ursprünglichen Bedeutung der Bürgergesellschaft zunächst nichts anzumerken. Erst die Anmaßung von Entscheidungsgewalt läßt eine NGO diesem Sinn entgegenwirken und zeichnet sie als bürgerliche Gesellschaft der neueren Art aus. Der englische Philosoph Roger Scruton beschrieb dieses Phänomen in seiner beim Londoner *Institute of Economic Affairs* (IEA) erschienenen Studie *WHO, what and why?* am Beispiel des Feldzuges der Weltgesundheitsorganisation gegen die Tabakindustrie. Er zeichnete darin nach, wie eine NGO transnationale Einrichtungen (hier die UN) durch Aneignung von Entscheidungsgewalt, die ihr durch keinerlei demokratischen Prozeß verliehen ist, politisch gestalten kann.

Wie gesagt, dieses Verhalten kennzeichnet nicht alle NGOs. Viele treten weitaus bescheidener auf, manche sogar explizit mit dem selbstauferlegten Auftrag, die Grundlagen der liberalen, ursprünglichen Bürgergesellschaft zu erhalten und für die Rückführung entfremdeter Entscheidungsgewalt an die Individuen einzutreten. Es ist ein eindeutiges Zeichen ihrer Glaubwürdigkeit, daß sie in ihrem Be-

mühen keinerlei staatliche Fördergelder in Anspruch nehmen. Die gemeinten Bildungsinstitute und Forschungseinrichtungen haben in den USA und in Großbritannien eine lange Tradition. Die dort wie hier meist *Think Tanks* genannten Denkfabriken – auch CNE gehört zu ihnen – tragen wesentlich zur Erhaltung derjenigen Werte, die eine bürgerliche Gesellschaft erst ermöglichen, bei: Freiheit, Eigentum, Verantwortung, Wettbewerb, Vertragstreue und – nicht weniger – Gemeinsinn, und zwar in einer mit den übrigen Werten verträglichen Bedeutung. Viele dieser Institute haben internationales Renommee: *Atlas Foundation*, *Cato*, *Heritage Foundation*, *Foundation for Economic Education*, in den USA oder das *Institute of Economic Affairs* in London zählen zu den prominentesten Vertretern dieser Spezies. Zwar ist in Kontinentaleuropa die Etablierung bürgergesellschaftlicher *Think Tanks* noch nicht soweit gediehen wie im anglo-amerikanischen Raum, doch der Trend ist auffallend steigend. (Das machte z.B. das im Juni in Wien ausgetragene *European Resource Bank Meeting* sehr deutlich. *MoMa* berichtete darüber in seiner Mai-Ausgabe.)

Die Zunahme marktwirtschaftlich orientierter *Think Tanks* in Europa macht Mut und bestärkt diejenigen, die glauben, daß das konstitutive Merkmal einer jeden Gesellschaft die Bürger sind. Ohne sie geht nichts in der Gesellschaft, und ohne sie ist die Gesellschaft nichts.

## EU-Verfassung: ja oder nein?



**Carl-Johan Westholm**

„Free Europe“ (<http://www.freeeurope.info/>) ist eine Initiative des Schweden Carl-Johan Westholm, mit welcher der langjährige Sekretär der Mont Pèlerin Gesellschaft die Frage nach der EU-Verfassung und ihrem freiheitlichen Charakter neu stellen will. Westholm hat dazu zehn Punkte formuliert, die er mit Erläuterungen versehen hat. Ihm geht es um eine Klärung dessen, was wir unter Europa zu verstehen haben und was ein freies Europa für seine Bürger und Mitgliedstaaten bereithält. CNE hat auf seiner Website einen Link zu dieser Initiative und lädt Sie ein, über Westholms Vorschlag, der hier in Auszügen abgedruckt ist, abzustimmen.



1. *Europa ist ein geographisches Konzept. Für sich genommen ist europäisch weder etwas Gutes, noch etwas Schlechtes.* („Europäisch“ ist ein viel gebrauchter und mißbrauchter Begriff. Hier wird er ausschließlich in seiner geographischen Bedeutung benutzt.)

2. *Freies Europa bedeutet die Ausbildung des Menschen in der höchsten Mannigfaltigkeit und ist deshalb gut.* („Die Ausbildung des Menschen in der höchsten Mannigfaltigkeit“ ist eine Formulierung Wilhelm von Humboldts, dem Gründer der Berliner Universität. Der britische Philosoph John Stuart Mill hat sie seinem Buch *On Liberty* von 1859 vorangestellt.)

### **Freies Europa bedeutet für Europäer:**

3. *Freiheit für den Einzelnen und klare Grenzen für Politiker und Bürokraten.*

4. *Bürgerrechte für alle Bürger in Europa.*

5. *Freiheit für alle Europäer überall in Europa, Verträge einzugehen, zu erschaffen, arbeiten, handeln und investieren.* (3.-5.: Diese Freiheiten bilden das Fundament. Sie stellen den Rahmen der Verfassung dar.)

### **Freies Europa bedeutet für europäische Staaten:**

6. *Jede Regierung und jedes nationale Parlament hat das Recht, seine Steuern, Subventionen und Gesetze selbst festzulegen.* (Keine Autobahn zu einem europäischen Superstaat.)

7. *Keine Besteuerungsgewalt für die EU.* (Keine Steuern neben den nationalen und lokalen.)

8. *Entscheidungen in der EU sollen durch Übereinkommen unter den Regierungen entstehen. Die Delegation nationaler Gesetzgebungsgewalt an EU-Institutionen ist möglich; der Entzug dieser Gewalt, sowohl im Einzelnen als auch im Allgemeinen, ist ebenso möglich.* (Bietet den nationalen Parlamenten Möglichkeiten, Gewalten an die EU zu übertragen, stellt aber Bedingungen.)

9. *Transfers von Steuergeldern von einem Teil Europas in eine anderen obliegt allein den beteiligten Staaten und Regionen.* (Wenn Gelder der Steuerzahler einer Nation an eine andere Nation transferiert werden sollen, dann ist dies durch Einvernehmen unter den Ländern möglich, kann aber nicht automatisch durch eine EU-Entscheidung herbeigeführt werden.)

10. *„Free Europe“ fördert die Ausbildung des Menschen in der höchsten Mannigfaltigkeit.* (Was für Europa gut ist, ist auch gut für die ganze Welt.)

*„Free Europe“ ist eine private Initiative, unabhängig und überparteilich.*

*Dr. Carl-Johan Westholm ist Unternehmer und ehemaliger Hauptgeschäftsführer des schwedischen Unternehmerverbandes **Företagarna** und der schwedischen Handelsvereinigung **Svensk Handel**.*

## (Fast) alles neu macht der May



**Hermann May**

„Das Lexikon der Ökonomischen Bildung“ von Hermann May ist – wie der Oldenbourg Verlag zu recht schreibt – „nicht nur für Lehrer und Schüler des Faches Wirtschaftslehre geschrieben worden, sondern bietet einen großen Fundus des Wissens zur ökonomischen Bildung für Jedermann.“

Inzwischen ist von dem unter Mitwirkung von Ehefrau Ulla May seit 1996 herausgegebenen Lexikon die 6. Auflage in Vorbereitung. Sie bietet dem Leser gut 100 Seiten mehr an ökonomischem Wissen als ihre Vorgängerin.

6., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage 2006. XIX, 713 S., gebunden, €59,80, ISBN 3-486-58042-6



Spätestens seit der Pisa-Studie wird die mangelnde Bildung an deutschen Schulen allerorten beklagt. Wie es um die ökonomische Bildung an deutschen Schulen steht, wollen wir erst gar nicht mutmaßen. (Der Artikel von Gunnar Sohn und Ansgar Lange in der letzten Ausgabe von *MoMa* gibt nur wenig Anlaß, Gutes zu erwarten.) Das *Lexikon der ökonomischen Bildung* von Hermann May könnte jedenfalls Defizite abbauen helfen.

Wie auch immer, es gehört gewiß zur ökonomischen Bildung, gängige Wirtschaftsbegriffe jederzeit parat zu haben und in der Geschichte führender Wirtschaftstheoretiker und Denktraditionen bewandert zu sein. Wer schätzt da nicht ein griffbereites Lexikon, das ihm auf die Sprünge hilft, wenn die Erinnerung den Dienst versagt. Der Heidelberger Ökonomieprofessor Hermann May kennt die Bedürfnisse seiner Leser und versteht es, dieselben bestens zu befriedigen. Sein *Lexikon der ökonomischen Bildung* hält, was es verspricht – und das inzwischen seit 10 Jahren. Wo es darum geht, unstrittige Standardbegriffe aus Wirtschaft, Wirtschaftsrecht oder Wirtschaftspädagogik, wie z.B. ABM, Garantiekarte oder zweiter Bildungsweg, zu erläutern, sind die Erklärungen kurz, bündig und schnörkellos gehalten. Wo die Begriffe und vor allem deren Gebrauch strittiger sein dürfte, sind die Stichwörter ausführlicher erläutert und mit weiterführenden Literaturhinweisen bedacht. Dabei kommen in Mays Lexikon viele

renommierte Wissenschaftler zu Wort, z.B. Karl Homann, Konrad Löw, Hans Monissen, Otto Schlecht, Joachim Starbatty, Christian Watrin und Arthur Woll – um nur einige zu nennen.

Der Themenbogen ist dabei weitgespannt. So macht Stefan Blankertz den Anfang mit einem brisanten Beitrag zum Anarchismus und setzt Gerard Radnitzky das Ende mit einer vortrefflich pointierten Charakterisierung des Wohlfahrtsstaates.

Der Herausgeber hebt zu Recht das Verdienst von Detmar Doering hervor, der mit einer Vielzahl gelungener Kurzbiographien der wichtigsten Vertreter der klassischen und zeitgenössischen Ökonomie (von Frédéric Bastiat über Ludwig von Mises bis Murray Rothbard und Adam Smith) Mays *Lexikon der ökonomischen Bildung* bereichert.



*Einer der eifrigsten Autoren des Lexikons: Detmar Doering*

Wer seine ökonomische Bildung bereichern möchte, tut gut daran, in Mays Lexikon zu investieren.

**Hardy Bouillon**

## Frieden schaffen ohne Waffen



Anlässlich der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Mont Pèlerin Society (MPS) in Guatemala vom 4.-10. November 2006 werden junge Wissenschaftler, die erfolgreich am Hayek Essay Contest teilgenommen haben, mit Preisen und der Möglichkeit zur Tagungsteilnahme bedacht. Zusammen mit den amerikanischen Historiker Prof. Dr. Ralph Raico, Buffalo University, und dem australischen Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Suri Ratnapala von der University of Queensland fungierte CNEs Head of Academic Affairs, PD Dr. Hardy Bouillon, als Preisrichter. Von den 66 Einsendungen wurden die drei besten auf der Jahreshauptversammlung der Mont Pèlerin Society (MPS) in Guatemala vom 4.-11. November 2006 vorgestellt.

Preisgelder in Höhe von \$2.500 für den 1. Preis, \$1.500 für Platz 2 und \$1.000 für Rang 3 winkten den Gewinnern des diesjährigen Hayek Essay Contest zum Thema *Frieden durch Handel*. Außerdem durften sie kostenlos an der Tagung in Guatemala teilnehmen. Für ihre Reisekosten war ebenfalls gesorgt.

Wie viele Klassisch Liberale vor ihm, vertrat auch Hayek die These, daß der Handel zum gegenseitigen Vorteil eine friedensstiftende Wirkung zeitige und auf lange Sicht eine weltumspannende Friedensordnung ermögliche.

Hayek überließ es allerdings jüngeren Forschern darzulegen, wie diese Wirkung en detail ausgelöst wird, und den Prozeß, der dazu führt, sowie dessen Charakteristika zu erläutern.

Teilnehmen an diesem internationalen Wettbewerb konnten alle jungen Wissenschaftler, die nicht älter als 35 Jahre waren. Einsendungen waren in englischer und spanischer Sprache möglich.

„Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Unter den Aufsätzen waren zahlreiche erstklassige Beiträge, die ebenfalls eine Auszeichnung verdient hätten. Vielleicht haben die Autoren beim nächsten Mal mehr Glück. Gratulation den Gewinnern dieses Wettbewerbs, die sich gegen eine harte Konkurrenz durchzusetzen hatten“, kommentierte Hardy Bouillon den Ausgang des Wettstreits.



Ralph Raico



Suri Ratnapala

Hardy Bouillon